



CORDULA RUTZ
NÜRTINGER STRAÙE 27
72074 TÜBINGEN

TEL.: 07071/885583
017623556834

FAX.: 07071/21026

cordula.rutz@al.gruene.de
www.al.gruene.de

Tübingen, den 25.11.2007

Antrag

Freiwilligendienste

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat über die Möglichkeiten der Beteiligung der Stadt Tübingen am Programm „weltwärts“ des BMZ.

Hierbei ist in Zusammenarbeit mit dem Partnerschaftsverein Villa El Salvador und der dortigen Stadtverwaltung zu prüfen, wo Freiwillige eingesetzt und wie und durch wen die Betreuung vor Ort sowie Vor- und Nachbereitung gewährleistet werden könnten.

Begründung:

Freiwilligendienste können einen wesentlichen Beitrag zum Austausch und zur Verständigung zwischen Kulturen leisten und Städtepartnerschaften stärken, wie auch die bisherigen Erfahrungen mit dem Austausch zwischen dem UG und der Schule Fey y Alegria gezeigt haben. Voraussetzung dafür ist aber eine gute Betreuung vor, während und nach der Zeit des Freiwilligendienstes.

Für die Fraktion: Cordula Rutz

Anlage: Artikel aus „eins Entwicklungspolitik“

Freiwilligendienst und Kommunen Neue Möglichkeiten für Städte und Gemeinden

Von Claudia Mende

Der neue Freiwilligendienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll auch von Kommunen genutzt werden, die Freiwillige in ihre Partnerstädte in Afrika, Asien und Lateinamerika entsenden möchten.

Global-lokal

Der neue entwicklungspolitische Freiwilligendienst, der im kommenden Jahr starten soll, wird aus öffentlichen Mitteln gefördert (vgl. **eins Entwicklungspolitik 10-11-2007**, S. 52). Er wird fachlich und pädagogisch begleitet und richtet sich an junge Erwachsene mit Abitur oder vergleichbarem Abschluss zwischen 18 und 28 Jahren. Mittelfristig sind 10.000 Plätze jährlich mit einem Finanzierungsumfang von

rund 70 Millionen Euro vorgesehen. Das BMZ hatte sich zu diesem neuen Dienst entschlossen, weil mehr junge Menschen freiwillig in Entwicklungsländern arbeiten wollen, als es Möglichkeiten gibt. „Der freiwillige Einsatz junger Menschen in Entwicklungsländern stärkt in den Partnerländern die zivilgesellschaftlichen Strukturen und ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung dieser Länder“, wirbt das BMZ für den neuen Dienst.

Ministerin Wieczorek-Zeul hat in einem Brief an Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, die Kommunen aufgefordert, den neuen Dienst für die engere Zusammenarbeit mit Partnerstädten in Afrika, Asien und Lateinamerika zu nutzen. Für „die Entsendung von Freiwilligen werden alle geeigneten, gemeinwohlorientierten Hilfs- und Entsendeorganisationen mit Sitz und Geschäftsbetrieb in

Deutschland in Betracht kommen“, schreibt die Ministerin. „Diese Formulierung ist so gewählt worden, um gerade auch Städten und Gemeinden eine Antragsmöglichkeit zu eröffnen.“ Wieczorek-Zeul hofft, dass viele Kommunen von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch machen und in Zukunft „vielleicht sogar noch mehr Freiwillige als bisher in ihre Partnerkommunen entsenden werden“.

Weiterhin regte sie an, dass „sich die in diesem Bereich aktiven Kommunen zu einem Konsortium zusammenschließen“. Es könnte bei der Organisation der Vorbereitungsseminare in Deutschland zusammenarbeiten oder „die Förderanträge bündeln und gemeinsam einreichen“. Wie ein solches Konsortium aussehen soll, dazu konnte der Städtetag noch keine Angaben machen.

Stiftung Nord-Süd-Brücken im Jahr 2006

Mit 447.000 Euro hat die Stiftung Nord-Süd-Brücken im vergangenen Jahr 116 entwicklungspolitische Projekte ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO) unterstützt. Etwa 70 Prozent der Fördersumme seien für die bildungspolitische Inlandsarbeit verwendet worden. 30 Prozent seien in 14 Auslandsprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika geflossen, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht 2006 der Stiftung. Mit Projektdarstellungen werde die kontinuierliche Arbeit ostdeutscher entwicklungspolitischer NROs für die